IPG

INTERVIEWS 29.07.2016

„Die Antwort auf Fanatismus liegt in einem vitalen Humanismus“

Vier Fragen an Julian Nida-Rümelin zu den Anschlägen von Nizza, Würzburg und München.

Was verrät uns die Reaktion auf den jüngsten Einbruch terroristischer Gewalt über Zustand und Befindlichkeit westlicher Gesellschaften?

Trotz des jüngsten Anstiegs terroristischer Gewalt in europäischen Ländern gilt nach wie vor, dass die überwältigende Mehrzahl der Terroropfer im Irak, in Syrien, in Afghanistan, auch in Pakistan und in afrikanischen Ländern zu beklagen ist. Auch in den 1970er Jahren kam es in Europa zu weit mehr terroristischen Anschlägen als heute. Das ist kein Grund sich zu beruhigen, aber doch ein Hinweis darauf, dass die aktuelle Situation nicht grundstürzend neu oder gar weit dramatischer ist als in früheren Jahren und anderen Weltregionen. Die terroristische Bedrohung der 1970er Jahre war Ausdruck einer inneren Zerrissenheit der Gesellschaft und der Generationen. Auch wenn die individuellen Motive der RAF- oder Brigade Rosse-Terroristen durchaus Ähnlichkeiten aufweisen, wozu die Selbstüberhöhung durch Ideologisierung eigener Untaten gehört und der Zynismus im Umgang mit dem Leben von Unbeteiligten, wird die aktuelle Zunahme terroristischer Aktionen in den westlichen Gesellschaften als Ausdruck eines asymmetrischen Krieges interpretiert. Hier gleichen sich die medialen Reaktionen im Westen und die Stellungnahmen der IS-Propaganda in hohem Maße. Es handelt sich in dieser Wahrnehmung nicht lediglich um das grausame Verbrechen einzelner Täter, sondern um eine Bedrohung der westlichen Lebensform. Genau dies wird von den Hintermännern des Terrors beabsichtigt.

Der Begriff „Terror“ ist seit jeher umstritten. IS-Kämpfer jedoch erscheinen – anders als etwa die ebenfalls ethnisch-religiös argumentierenden IRA-Kämpfer der 1980er Jahre – sehr viel stärker als irrational konnotiert. Teilen Sie diese Einschätzung?

Allein die Tatsache, dass die meisten islamistisch motivierten

Terrorakte suizidal sind, lässt sie als irrational erscheinen. Die Abschreckungslogik, der wir im Krieg, mehr noch in der zivilen Gesellschaft vertrauen, funktioniert dann nicht. Tatsächlich spricht vieles dafür, dass von jeher terroristische Ideologien eine besondere Anziehungskraft auf labile, verunsicherte, jüngere Männer ausüben, die ihr Selbstwertgefühl durch eine am Ende sie selbst auslöschende Überidentifikation mit einer „großen Sache“ zu stabilisieren suchen. Dies zieht sich wie ein roter Faden durch die anarchistisch motivierten Terrorakte des 19. Jahrhunderts über die Pamphlete mancher Surrealisten, die RAF bis zum IS. Nach meinem Verständnis gehört zur menschlichen Vernunft die Rücksichtnahme auf andere. Wer Unbeteiligte tötet, um seinen eigenen Zielen oder den Zielen einer Ideologie zu dienen, verhält sich unvernünftig. Zudem gibt es kein einziges Beispiel in der Geschichte dafür, dass mit Terroranschlägen die angestrebten politischen Ziele erreicht worden wären.

Inwiefern ist terroristische Gewalt konzeptionell von einem Amoklauf zu unterscheiden, wenn die Zielsetzung des Terrors über rationale Interessensverfolgung hinauszugehen scheint?

Amokläufe und terroristische Gewalt sind gleichermaßen irrational. Der Unterschied besteht darin, dass terroristische Gewalt mit politischen, ideologischen oder religiösen Zielen gerechtfertigt wird, während Amokläufe Reaktionen auf persönliche Kränkungen sind. Soweit man das beurteilen kann, überlappen sich bei manchen Einzeltätern diese beiden Motive: das Gefühl persönlicher Kränkung und die Identifikation mit einer vermeintlich „großen Sache“.

Brauchen westliche Gesellschaften einen wehrhaften Humanismus? Wie müsste der aussehen?

Ich bin tatsächlich davon überzeugt, dass die neuen Fanatismen und Fundamentalismen die philosophische und politische Antwort in einem vitalen Humanismus haben. Da geht es nicht lediglich um die westlichen Gesellschaften. Einige philosophische Aspekte eines erneuerten Humanismus habe ich in dem kürzlich erschienenen Band „Humanistische Reflexionen“ zusammengestellt. Der normative Kern des Humanismus kann sich auf einen erstaunlichen, internationalen, alle Kulturregionen und Staaten einbeziehenden Konsens berufen: die Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte durch die Generalversammlung der Vereinten Nationen vom 10. Dezember 1948 und die beiden Menschenrechtsverträge aus den 1960er Jahren. Der zeitgenössische Menschenrechtsdiskurs ist kein Oktroi des Westens, sondern Ausdruck einer humanistisch begründeten ethisch-politischen Erkenntnis der globalen Zivilgesellschaft. Die Erneuerung

des Humanismus in Theorie und Praxis, die ich fordere, ist nicht das esoterische Projekt eines intellektuellen Querdenkers, sondern steht auf der Agenda der Weltpolitik. Ohne eine kosmopolitische Praxis, ohne den schrittweisen Aufbau globaler institutioneller Verantwortung, lässt sich diese Agenda nicht realisieren. Deswegen habe ich der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften vorgeschlagen, eine interdisziplinäre Arbeitsgruppe zum Thema „Internationale Gerechtigkeit und institutionelle Verantwortung“ einzurichten, deren erstes Treffen am 15. Juli stattgefunden hat. Was wir gegenwärtig erleben, ist die Rückkehr antihumanistischer Praxis in Gestalt des religiösen und weltanschaulichen Fundamentalismus, in Gestalt populistischer Hetze, in Gestalt von Bürgerkrieg und Terrorismus. Der Westen hat zu dieser Situation mit unbedachten Interventionen und erratischer Bündnispolitik leider einen wesentlichen Beitrag geleistet.

Die Fragen stellte Anja Papenfuß.



Julian Nida-Rümelin
München

Prof. Dr. Dr. h.c. Julian Nida-Rümelin, Staatsminister a.D., ist Professor für Philosophie und politische Theorie am Lehrstuhl für Philosophie IV der Ludwig-Maximilians-Universität München. Im März 2020 erschien sein Buch *Die gefährdete Rationalität der Demokratie*.

16 LESERBRIEFE

Peter Koroly schrieb am 25.07.2016

Die meisten islamischen Staaten erkennen diese

Menschenrechte nicht an. Daher ist der Rat des Philosophen zwar gut gemeint, jedoch wirkungslos. Wir hören ja ununterbrochen die Sprüche, das hat nichts mit dem Islam zu tun. Doch Fakt ist, gerade sozialdemokratische Verwaltungen protegieren die reaktionärsten Gruppen unter den Muslimen, wie die Muslimbrüder und ihre verschiedenen Filialen. Das geschieht wahrscheinlich mit dem Hintergedanken, dass diese dann ihre Anhänger aufrufen, Sozialdemokraten zu wählen. Dabei gehen aber der Sozialdemokratie ihre traditionellen Anhänger verloren. Der islamistische Terror liefert den Rechtsextremisten, wie AfD und FPÖ Steilvorlagen.

---

dr. Sven Larat schrieb am 25.07.2016

Eine gute Analyse, Aber um den Terrorismus und Amokläufe zu verhindern, erscheint mir ein "wehrhafter Humanismus" sowie die anderen momentanen Strategien der Staaten wenig effektiv. Hass predigen und eine entmenschlichte Darstellung der Terroristen bzw. Amokläufer facht den Hass und die blinde Wut der eigenen Bevölkerung, aber auch die aggressiven Gefühle der Gegenseite an. Die Leugnung von nachvollziehbaren

Ursachen oder gar von logischen Gründen für terroristische Anschläge und die naive Weigerung, sich mit ihnen zu beschäftigen, um eventuell schon im Vorfeld die Gefahr von Anschlägen zu bannen, ist wohl Ausdruck der permanenten Angst der Politiker, als schwach oder feige zu gelten. Zur Lösung des Problems ist weniger Stärke als Respekt, Verständnis und Kommunikation effektiv.

E. Schwarze schrieb am 25.07.2016

Wie es um den westlichen Humanismus bestellt ist, kann man jeden Tag beobachten. Und zwar in Syrien, Lybien, im Irak, in der Ukraine und in Griechenland. In Syrien wurden vor einigen Tagen je nach Quelle zwischen 80 und 200 Zivilisten durch westliche Bomben getötet, beim "Kampf gegen den Terror". Noch nicht einmal wissen möchte man etwas davon, der Sprecher des "Verteidigungsmysteriums" beharrt stur darauf, keine Erkenntnisse über die Erfolge des Humanismusexportes zu haben. So lange wir so verlogen sind, den Krieg um "globale Gemeingüter" als Kampf für Demokratie zu bemänteln sollten wir uns nicht über Terror wundern und von Humanismus tönen.

Hans-Hermann Hirschelmann schrieb am 26.07.2016

Es wären Anstrengungen notwendig, die Nachhaltigkeitsziel der UN zu Kristallisationskernen einer globalen Bewegung für sozio-ökologische Vernunft zu machen. Statt selbstverliebt Mystifikationen wie "der Westen" ideologisch zu umranken bräuchten wir eine global wie lokal zielstrebig die globalen Herausforderungen (wie etwa die Eindämmung des Klimawandels) beherzt wahrnehmende Bewegung mit einem universialistischen Selbstverständnis.

Die auf Regeln des Zusammenwirkens zielt, die am Ende allen Menschen weltweit ein gutes Leben ermöglichen, ohne dass dies die Grundlagen des guten Lebens aller zerstört. Dass die Menschenrechte in der gegenwärtiogen Fassung der Nachhaltigkeitsziele nicht hinreichend berücksichtigung gefunden haben, ist Ausdruck der Kräfteverhältnisse - die veränderbar sind.

Uwe Miltsch schrieb am 26.07.2016

Der Begriff wehrhafter oder vitaler Humanismus klingt nicht schlecht.

Wäre es aber als Voraussetzung nicht angebracht, zur Kenntnis zu nehmen, das der europäische, liberale Rechtsstaat gegenüber Fanatikern und Barbaren weitgehend unwirksam ist ?

Jürgen D schrieb am 26.07.2016

Wir brauchen keine neuen Arbeitsgruppen oder Theorien oder Beschwichtigungen oder Entschuldigungsversuche pro Täter sondern eine effektive und wehrhafte Politik - und dort auch nicht nur theoretische Gesetze - für die Bürger in unserem Lande! Die von uns gewählten Politiker sind in erster Linie für uns zuständig und verantwortlich und nicht für das Wohlbefinden der ganzen Menscheit! Was muß noch alles passieren damit man bei uns endlich begreift, dass wir nicht auf unsere Kosten alle Probleme dieser Welt lösen können?

Hans-Hermann Hirschelmann schrieb am 26.07.2016

Jürgen D schrieb am 26.07.2016: "Die von uns gewählten Politiker sind in erster Linie für uns zuständig und verantwortlich und nicht für das Wohlbefinden der

ganzen Menscheit!"

Falls das als Antwort auf mein Statement gemeint war, so verfehlt sie die Aussage. Von Politikern habe ich nicht geredet. Es geht um den Aufbau sozialer Abwehrkraft gegen die Flucht überforderter und für menschenfeindliche Ideologien (Islamismus, Nationalismus usw.) anfälliger Menschen in Hass und individuelle Verantwortungslosigkeit. Von "der Politik" untertänigst nationalistisches Gepampertwerden verlangen, und dass sie die globalen Verpflichtungen doch bitteschön nicht ernst nehmen soll, ist Teil des Problems nicht der Lösung.

Übrigens müssen Tippfehler nicht auch noch nachgeäfft werden.

Mark Merz schrieb am 26.07.2016

Immer wenn staatliches Handeln zu Fehlentwicklungen führt, mangelt es nicht an staatlich bestallten Apolegeten, die geistreich erklären, warum NICHTS (oder "MEHR DESSELBEN") ZU TUN das Gebot der Stunde sei. Ruhe bewahren ist des Bürgers erste Pflicht. Philosophie

als Antwort auf westliche Irrsinnspolitik ? Wir überziehen die muslimische Welt mit Krieg, lassen gleichzeitig Millionen Muslime nach Europa einwandern (zuletzt sogar unter Aufgabe jedweder staatlicher Erfassung und Kontrolle) und erleben eine fulminante Zunahme muslimisch-terroristischer Gewalt im In- und Ausland. Diese Antwort darauf scheint mir weltfremd und "typisch deutsch". Ceterum Censeo: "Dieses Universum hat nie einen Sinn ergeben. Vermutlich wurde es im Regierungsauftrag geschaffen." Robert. A Heinlein

---

Mark Merz schrieb am 26.07.2016

@Jürgen Politik versucht nicht, Probleme zu lösen. Politik ist Mittel zur Durchsetzung von Interessen. Pseudoprobleme (insbesondere die anderer Länder) sollen davon ablenken, daß die Politik gegen die Interessen der Mittelschicht agiert.
Kernaufgabe des Staates ist die Produktion von Infrastruktur, Bildung und Sicherheit - aber trotz jährl. steigender Steuereinnahmen verfallen Straßen, Brücken, Schulen, Universitäten, Schwimmbäder + Theater werden geschlossen, Polizei + Bundeswehr kaputtgespart.

Nur für Banken, Zuwanderer und monetäre Umverteilung ist immer Geld da.
Die Machtelite kauft sich mittels steuerfinanzierter staatlicher Transferzahlungen die Zustimmung der "Mehrheit". Die stete Ausweitung der transferabhängigen Klasse ist dabei systemimmanent.

Walther Moser schrieb am 26.07.2016

Der Vorschlag "eine interdisziplinäre Arbeitsgruppe zum Thema „Internationale Gerechtigkeit und institutionelle Verantwortung“ einzurichten" erscheint mir als erster Schritt sehr sinnvoll - dies Gremium sollte bald international besetzt werden. Ebenso sollte alsbald eine internationale Friedenskonferenz z.B. zum Nahen Osten mit Leuten aus der Zivilgesellschaft einberufen werden.

Wir Deutschen als Teil der Welt sind auch für das Ganze zuständig - zumal der Westen zu den Problemen zumindest im Nahen Osten erheblich beigetragen hat. Immer mehr an "Sicherheitsmassnahmen" bringt nichts wirklich!

Wolfgang Gose schrieb am 26.07.2016

Immer wieder muss ich feststellen, dass fanatisch gelebte Religionsextreme der Nährboden für Gewalt sind. Ob es nun Kriege sind, die unter dem Vorwand angezettelt werden: "Wir haben die richtige Religion und kämpfen gegen alle Ungläubigen . . . " oder es ist der Terrorismus allgemein, der ausgeführt wird von ideologisch verführten Einzelkämpfern oder ganzen Gruppen. Ganz egal, mit gutgemeinten philosofischen Thesen allein kommt man sicherlich nicht dagegen an.

Was mich bei dem Thema persönlich sehr hilflos macht, ist, dass mir - bis auf mögliche Lösungsansätze, die den Umfang dieses Leserbriefes sprengen würden - auch kein Allheilmittel einfällt.

manfred fischer schrieb am 27.07.2016

Inzwischen gibt es so viele Herausforderungen in der Welt, dass die UN und die EU sich damit umfassender beschäftigen müsste.
Und nicht erst, wenn" das Kind in den Brunnen" gefallen ist.

Religion ist immer nur zu sehr von Machen bestimmt, woraus sich dann Macht und Machenschaften ergeben. Die Aufgabe aller Religionen bestände eigentlich, allen Wesen im tiefen Verstehen und Mitgefühl zu dienen und zu helfen. Sich von ihrem Absolutismus zu befreien.

Das wird wohl noch eine ganze Zeit dauern....

Manfred Fischer

Heinz Schneider schrieb am 27.07.2016

"Ich denke, der Terrorismus ist ein Krieg der Armen und der Krieg ist ein Terrorismus der Reichen" schrieb Sir Peter Ustinov 2003 zum Irakkrieg. Unsere Weltordnung ist nicht friedensfähig (Papst Franziskus), ohne ihre radikale Änderung können also Krieg und Terrorismus nicht wirksam bekämpft werden.
Ausgrenzung und Perspektivlosigkeit lösen Fanatismus aus. Die Bindungskräfte in unseren Gesellschaften erodieren, soziale Spaltungen nehmen zu, Angst zerstört Menschen und Zivilisation von innen heraus. Eine ökonomische Apartheit entsteht vor unseren Augen. Pässe, Mauern, Wohnungsbau, Niedriglohnsektoren und

digitale Medien sind die messerscharfen Werkzeuge eines Regimes der Angst und der Ausgrenzung. Die Folgen werden unbeherrschbar, wenn die Ursachen nicht angegangen werden, und zwar global.

Heinz Schneider schrieb am 27.07.2016

Das Problem ist also, das die Bedrohung der westlichen Lebensform vom Westen ausgeht, der Terror ist ihr Kind. Die Befestigung der globalen ökonomischen Apartheit mittels Grenzen und Mauern wird deshalb die Probleme verschärfen. Unsinnig ist also die gebetsmühlenartig geforderte "Sicherung unserer Außengrenzen". Gibt es keine Alternativen zum Einmauern? Warum lassen wir der wirtschaftlichen nicht eine globale soziale und politische Integration folgen, eine globale soziale und ökologische Marktwirtschaft also. Nehmen wir Afrika: Europa schrumpft, die afrikanische Bevölkerung wird sich im Laufe des Jahrhunderts vervierfachen. Wie dynamisch könnte ein gemeinsamer Wirtschaftsraum sein, wenn wir nur zu kooperativem ökonomischen Verhalten fähig wären!

Norbert schrieb am 06.08.2016

@Heinz Schneider
Es kann nicht übersehen werden, daß in Afrika unfähige bis korrupte Regierungen ohne jedes Interesse an der eigenen Bevölkerung einen Großteil des Problems ausmachen. Oft sind diese Folge von (Neo-)Kolonisation oder profitinteressiert gestalteter "Entwicklungshilfe". Das ändert aber nichts daran, daß mit solchen Regierungen keine erfolgrieche Armutsbekämpfung geleistet werden kann.
Machte man nun die Flüchtlinge zum Kern einer neuen Politik im Heimatland, indem man ihnen ermöglicht, hier demokratische Exilregierungen zu wählen, diese dann anerkennt und damit entsprechenden Ersetzungs-Druck auf miese Politiker dort ausübt, hätte man vielleicht ein wirksameres Mittel zur Verbesserung dortiger Lebensverhältnisse in der Hand. Ohne Druck ändert sich dort nichts grundlegend.

Norbert schrieb am 06.08.2016

@Walther Moser
"Wir Deutschen als Teil der Welt sind auch für das

Ganze zuständig" Schon richtig. Aber nur zusammen mit ALLEN anderen, nicht im Alleingang.
Und schon gar nicht können wir die Probleme der Welt allein dadurch lösen, daß wir sie hier zu uns holen und glauben, nun wird alles gut. Vielmehr entsteht so nur der Populismus der vermeintlich Benachteiligten bei uns (Gabriel).
Und in der Tat löst das auch nicht die hier tatsächlich vorhandenen sozialen Benachteiligungen.
